

## Neue Atommeiler, unbefristete Laufzeiten – die Kernkraft-Offensive von der FDP-Basis

Welt, 24.02.2023, Thorsten Jungholt

<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus243950679/Atomkraft-trotz-Ampel-Kompromiss-Die-neue-Offensive-von-der-FDP-Basis.html>

Die FDP-Führung um Parteichef Christian Lindner hält sich zu dem Vorstoß pro Kernenergie aus der Fraktion bedeckt

Gemäß dem Kompromiss der Ampel soll die deutsche Atomkraft-Ära Mitte April enden. In der FDP wird nun Unmut laut, dass die Liberalen sich damit „energiepolitisch in Geiselhaft“ der Grünen nehmen ließen. Ein Antrag für den Parteitag wirbt sogar für den Neubau von Meilern.

Als die FDP bei der Landtagswahl in Berlin vor zwei Wochen den Einzug in das Abgeordnetenhaus verpasst hatte, zog der Bundesvorsitzende Christian Lindner drei politische Schlussfolgerungen.

Seine Partei, so der FDP-Chef, werde sich in der Verkehrspolitik der Bundesregierung für „die individuelle Mobilität auch mit dem Auto“ einsetzen. Man werde verstärkt darauf achten, dass es eine „ganzheitliche Migrationspolitik“ gebe, also Fachkräftezuwanderung einerseits und Reduzierung der irregulären Migration andererseits. Drittens sei es Aufgabe der Liberalen, „das Land zurück auf den wirtschaftlichen Erfolgspfad“ zu führen, um soziale Sicherheit und ökologische Transformation auch bezahlen zu können.

Bemerkenswert war, dass in dieser Aufzählung die Energiepolitik in Form längerer Laufzeiten für Atomkraftwerke nicht mehr auftauchte. Immerhin war es die FDP gewesen, die im Herbst in der Ampel-Regierung einen Weiterbetrieb der drei noch am Netz befindlichen Meiler durchgesetzt hatte.

Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2 wurden deshalb nicht zum 31. Dezember 2022 abgeschaltet, sondern können bis zum 15. April dieses Jahres genutzt werden, „um Erzeugungskapazitäten im deutschen Stromnetz zu halten und einen positiven Beitrag zur Energieversorgungssicherheit insgesamt, zur Leistungsbilanz und zur Netzsicherheit zu leisten“, wie die Bundesregierung formulierte.

Als der Bundestag das Gesetz im November beschloss, ließ die FDP-Fraktion noch offen, ob es aus ihrer Sicht auch nach dem 15. April 2023 weiter der Atomkraftwerke zur Stabilisierung der Stromversorgung bedürfe. SPD und Grüne haben sich bereits festgelegt, sie wollen keine weitere Verlängerung.

*„Aus meiner Sicht hat der Bundeskanzler abschließend entschieden“*

Nach den Worten von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck werden die Atomkraftwerke noch in diesem Winter genutzt, jedoch nicht darüber hinaus. Das habe Bundeskanzler Olaf Scholz aus seiner Sicht „abschließend“ entschieden.

In einem Antrag zum Bundesparteitag der FDP, der am 21. April in Berlin beginnen wird, greifen Mitglieder der Basis das Thema nun auf. „Energiesicherheit durch Nutzung der Kernenergie – die Schicksalsfrage für den Erhalt der

Wettbewerbsfähigkeit und des Wohlstands der Bundesrepublik Deutschland“, so lautet die Überschrift des Antrags, der WELT vorliegt.

*„FDP muss Diskussion offensiver führen“*

Formuliert haben ihn Johannes Baare aus dem Landesverband Schleswig-Holstein und André Thess, der als Professor an der Universität Stuttgart zu Energiespeicherung und Energiewandlungstechnologien forscht, aus dem Landesverband Baden-Württemberg.

Der Parteitag möge beschließen, heißt es in dem Papier, dass die FDP-Bundestagsfraktion „unverzüglich aus ihrer Mitte ein Gesetz in den Bundestag“ einbringen solle, das alle „rechtlichen, technischen und sonstigen Aspekte regelt, die für den unmittelbaren Weiterbetrieb der Kernkraftwerke“ erforderlich seien. Die Antragsteller zielen dabei nicht nur auf Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2, sondern auch auf die bereits abgeschalteten Meiler in Brokdorf, Grohnde und Gundremmingen.

Und sie wollen auch „den Neubau und unbefristeten Betrieb neuer Kernkraftwerke auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland in Übereinstimmung mit in Europa geltenden Sicherheitsstandards“ nicht ausschließen.

In der Begründung heißt es, mit einer „einseitigen Ausrichtung auf Sonne, Wind und Erdgas“ werde Deutschland in eine Energienot manövriert: „Steigende Energiepreise und sinkende Versorgungssicherheit gefährden Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand. Das Festhalten am deutschen Atomausstieg verschärft diese Gefahren und bremst – zusammen mit anhaltender Kohleverstromung – den internationalen Klimaschutz.“

Auch der Weltklimarat IPCC bezeichne die „Kernenergie als ein Instrument des Klimaschutzes. Die Europäische Union ordnet Kernenergie als nachhaltige Energiequelle ein. Auf dieser Grundlage plädieren wir für den Weiterbetrieb sowie gegebenenfalls Neubau deutscher Kernkraftwerke als dritte Klimaschutzsäule neben Sonne und Wind“.

Ob der Antrag auf dem Bundesparteitag beraten werden kann und zur Abstimmung kommt, hängt zunächst einmal davon ab, ob er genügend Unterstützer gewinnen kann. 250 Parteimitglieder sind dafür nötig, bislang haben Baare und Thess rund ein Dutzend beisammen.

Aber sie haben noch etwas Zeit, der Antrag muss erst vier Wochen vor dem Parteitag in der Bundesgeschäftsstelle vorliegen – also bis zum 22. März. Und ihr Anliegen trifft vor allem in Hessen und Bayern, also jenen Landesverbänden, die im Herbst Landtagswahlen zu bestehen haben, auf offene Ohren. So hatten Martin Hagen, Vorsitzender der Bayern-FDP, und Stefan Naas, hessischer Spitzenkandidat der Liberalen, bereits zu Jahresbeginn in einem Positionspapier für eine weitere Verlängerung der Atomlaufzeiten geworben.

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler, der im Oktober gefordert hatte, alle Optionen für einen Weiterbetrieb auch bereits stillgelegter Meiler offenzuhalten, will den Antrag unterstützen und geht davon aus, „dass es noch mehr Anträge dazu

geben wird“ – auch aus seinem Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe. „Die FDP muss diese Diskussion offensiver führen“, sagte Schäffler WELT.

#### *Das Timing-Problem der Atomkraft-Befürworter*

Die Parteiführung im Genscher-Haus dagegen reagiert zurückhaltend. „Der Bundesparteitag der Freien Demokraten ist das Gremium der Partei, in dem grundsätzliche programmatische Entscheidungen getroffen werden“, ließ Generalsekretär Bijan Djir-Sarai eine Sprecherin auf Anfrage mitteilen. Anträge könnten bis zum 22. März eingereicht werden, ansonsten gelte: „Wir freuen uns auf die inhaltlichen Beratungen und werden diesen nicht vorgreifen.“

Wolfgang Kubicki, stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP, hat mit derlei Formalismus wie üblich nichts am Hut. Der Antrag ergebe wenig Sinn, sagte Kubicki WELT, aus zwei Gründen: „Ich muss die Bundestagsfraktion nicht auffordern, etwas zu tun. Ich bin selbst Teil der Bundestagsfraktion.“ Außerdem käme „ein entsprechender Antrag zu spät. Der Bundesparteitag findet nach dem 15. April statt.“

Das ist in der Tat ein Schwachpunkt; die Bundestagsfraktion wird sich erheblich früher positionieren müssen, wenn sie noch Einfluss auf das Regierungshandeln nehmen will. Das freilich hindert die Partei insgesamt nicht, das Thema auch Ende April noch grundsätzlich zu diskutieren.

„Unser Antrag soll zumindest eine breite Debatte innerhalb der FDP anstoßen“, sagt Baare. Es gehe nicht an, dass die Liberalen sich „trotz eines deutlichen Umschwungs der hiesigen öffentlichen Meinung in puncto Kernenergie von den Grünen weiterhin energiepolitisch in Geiselnhaft“ halten ließen.